Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

24. Sitzung
4. September 2023

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 16.10 Uhr
Vorsitz: Johannes Kraft (CDU), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. In der 23. Sitzung des Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz berichtete die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) von einem Einbruch der Decke. Wie steht es derzeit um die Räumlichkeiten der Behörde?

Meike Kamp (BlnBDI) antwortet auf die Frage von **Stefan Ziller** (GRÜNE), dass sie in mit Holz abgestützten Räumlichkeiten gearbeitet und den Dienstbetrieb aufrecht erhalten hätten. Nun würden bis Mitte Oktober die Deckensegel langfristig neu aufgebaut. Ihre Behörde habe die Räumlichkeiten noch nicht abgenommen, weil viele Mängel bestünden, die nur langsam behoben würden. Im letzten Winter sei auch die Heizung zwei bis drei Monate ausgefallen.

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich, ob Nachfinanzierungsnotwendigkeit im Haushalt bestehe, um die Arbeitsfähigkeit sicherzustellen.

Meike Kamp (BlnBDI) äußert, die Ansätze reichten.

2. Wie ist der Stand bei der Einführung der elektronischen Akte und den Nachverhandlungen mit dem Anbieter?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) antwortet auf die Frage von **Tobias Schulze** (LINKE), dass sie Ende Juli den Vertragspartner Materna kontaktiert habe um darzustellen, welche Mängel bestünden bzw. welche Komponenten sie nicht geliefert hätten. Berlin habe das Produkt auch nach zwei Jahren noch nicht abgenommen. Sie habe 18 Punkte aus der Ausschreibung angesprochen, die Materna aus Senatssicht noch nicht oder nicht vollumfänglich geliefert habe, von denen auch Gebrauchstauglichkeitsgutachten und Barrierefreiheit betroffen seien. Materna habe fristgemäß geantwortet und einen Zeitplan aufgezeigt, um die Mängel zu beheben. Der Zeitplan stelle sie nicht zufrieden, und sie prüfe, welche Maßnahmen daraus folgen müssten.

In der letzten Woche habe es zudem einen technischen Fehler im Produkt digitale Akte gegeben, durch den 800 bis 900 Dateien abhandengekommen seien. Es seien vier Behörden betroffen: SenMVKU – sie hätten zuerst darüber berichtet –, BA Mitte, SenInnSport und Skzl. – Am Freitagabend habe sie BlnBDI und die Behördenleitungen und behördlichen Datenschutzbeauftragten darüber in Kenntnis gesetzt.

Parallel zur Prüfung fänden seit vergangener Woche Anwenderworkshops statt. Es gehe auch darum, Programmierer von Ceyoniq, Maternas Subunternehmer, mit Nutzern zusammenzubringen, da es Kritik an der Usability gebe.

Tobias Schulze (LINKE) will wissen, ob die Zukunft der Zusammenarbeit Berlins mit Materna offen sei oder ob sie optimistisch sei, dass es in Zukunft besser funktioniere.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) teilt mit, die Gespräche mit Ceyoniq hätten Hoffnung auf schnelle Nachbesserungen gemacht. Ihr Ziel sei, das Produkt zu retten. Die Zusammenarbeit sei offen, je nachdem, ob das Produkt umsetzbar sei.

Johannes Kraft (CDU) will wissen, ob beim technischen Fehler Daten abgeflossen oder ausschließlich verschwunden seien.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) versichert, die Daten seien nach derzeitigem Sachstand nicht abgeflossen. Es handele sich nicht um einen Hackerangriff.

Jan Lehmann (SPD) erkundigt sich, wie viele Menschen schon die Onlinezulassung für Kfz nutzten. Was könne Berlin tun, damit die Zahlen weiter stiegen, um Ämter zu entlasten?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) fasst zusammen, seit 1. September 2023 bestehe der gesetzliche Rahmen, dass auch gewerblichen Anbieter Fahrzeuge ab 2018 online zulassen und ummelden könnten. Die technischen Voraussetzungen dafür würden im Laufe der Woche bestehen. Berlin sei unter den ersten Ländern, die es technisch umsetzten.

2022 habe es in Berlin ca. 450 000 Zulassungsvorgänge gegeben. Nur rund 20 Prozent der privaten Zulassungen seien online erfolgt. Berlin müsse dies besser bewerben und prominenter online darstellen.

Christopher Förster (CDU) fragt, ob die digitalen Meldebescheinigung im Zeitplan sei.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) bestätigt, die Ende-zu-Ende-digitalisierte Meldebescheinigung solle wie geplant ab Herbst zur Verfügung stehen. Da es sich um 140 000 Fälle pro Jahr handele, entlaste dies Ämter.

Meike Kamp (BlnBDI) erinnert, dass ihre Behörde bei der Einführung der elektronischen Akte mit Blick auf die datenschutzrechtlichen Dokumentationspflichten und die arbeitsteiligen Vereinbarungen zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen intensiv in Beratungen eingebunden sei. Sie bemühten sich, den steigenden Beratungsbedarf der Behörden zu befriedigen. Behörden müssten aber auch behördenintern Kompetenz und Stellen im Bereich Datenschutz aufbauen. Externe Beratung führe nicht unbedingt zu befriedigenden Ergebnissen.

Zudem habe Ihre Behörde vor einem Monat ein Bußgeld in Höhe von 215 000 Euro aufgrund von Verletzungen im Beschäftigtendatenschutz gegen ein Berliner Unternehmen erlassen.

Mit Blick auf die Zukunft seien im Rahmen der europäischen Digitalstrategie eine Reihe von Gesetzen relevant, die auch Deutschland beschäftigen würden, weil Deutschland Verwaltungszuständigkeiten, Umsetzung und Koordinierung schaffen müsse. Momentan sei der Digital-Services-Act das bekannteste Beispiel; es stünden Zuständigkeitsverschiebungen im Bereich des Datenschutzes und der Datenschutzaufsicht an, und es gebe Bestrebungen, Zuständigkeiten zu zentralisieren. Auch die Länder müssten sich konkret Gedanken machen, wie Zuständigkeiten in Deutschland zukünftig verteilt werden sollten. In manchen Bereichen sei Zentralisierung sinnvoll, aber europäische Gesetzgebung dürfte föderalistische Strukturen nicht unterlaufen, auch mit Blick auf Aufsichtszuständigkeiten und Expertise.

Jan Lehmann (SPD) erkundigt sich, welcher Art der Datenschutzverstoß des Unternehmens gewesen sei und wie die Qualität des Verstoßes einzuschätzen sei.

Meike Kamp (BlnBDI) antwortet, Mitarbeiter in der Probezeit hätten im Rahmen einer Dienstplanerstellung bestimmte Informationen über sich preisgegeben, auf dessen Basis es intransparente Einschätzungen gegeben habe, ob die Probezeit verlängert werde. Ihre Behörde habe den Verstoß als schwerwiegend eingestuft, weil es sich um sehr sensible Informationen gehandelt habe: Therapiestunden, Pläne für Betriebsratsgründung etc.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1014 **Berliner Transparenzgesetz**	0048 DiDat Haupt

Hierzu: Anhörung

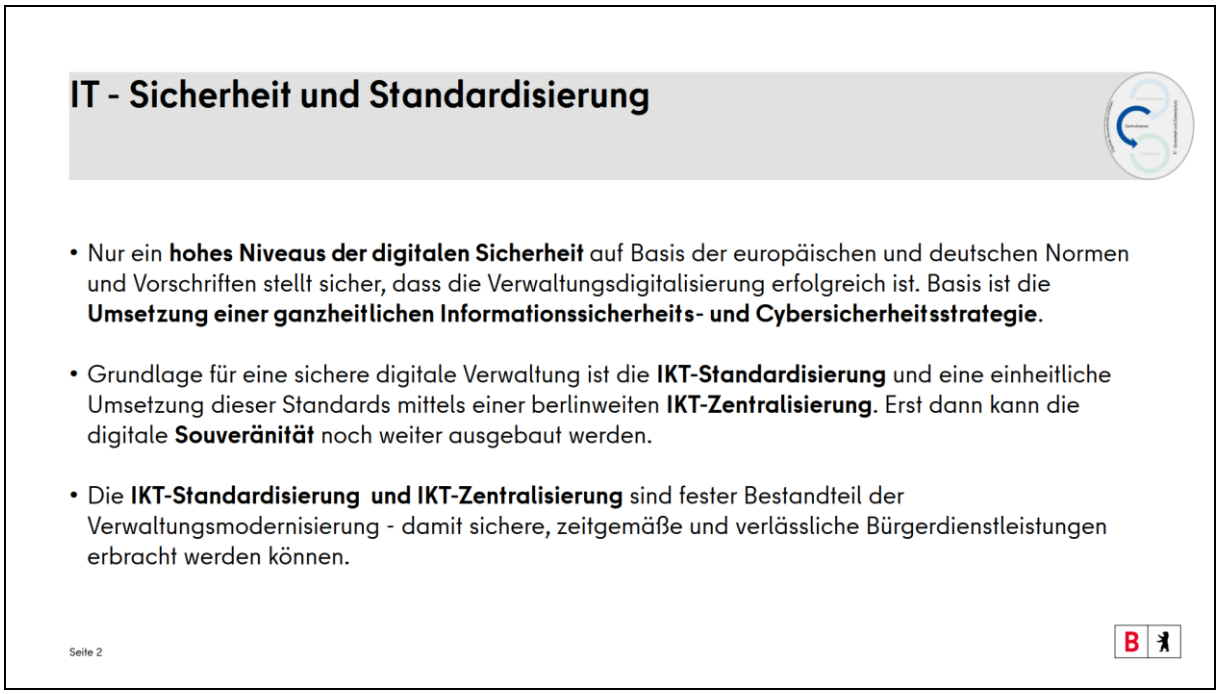
Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

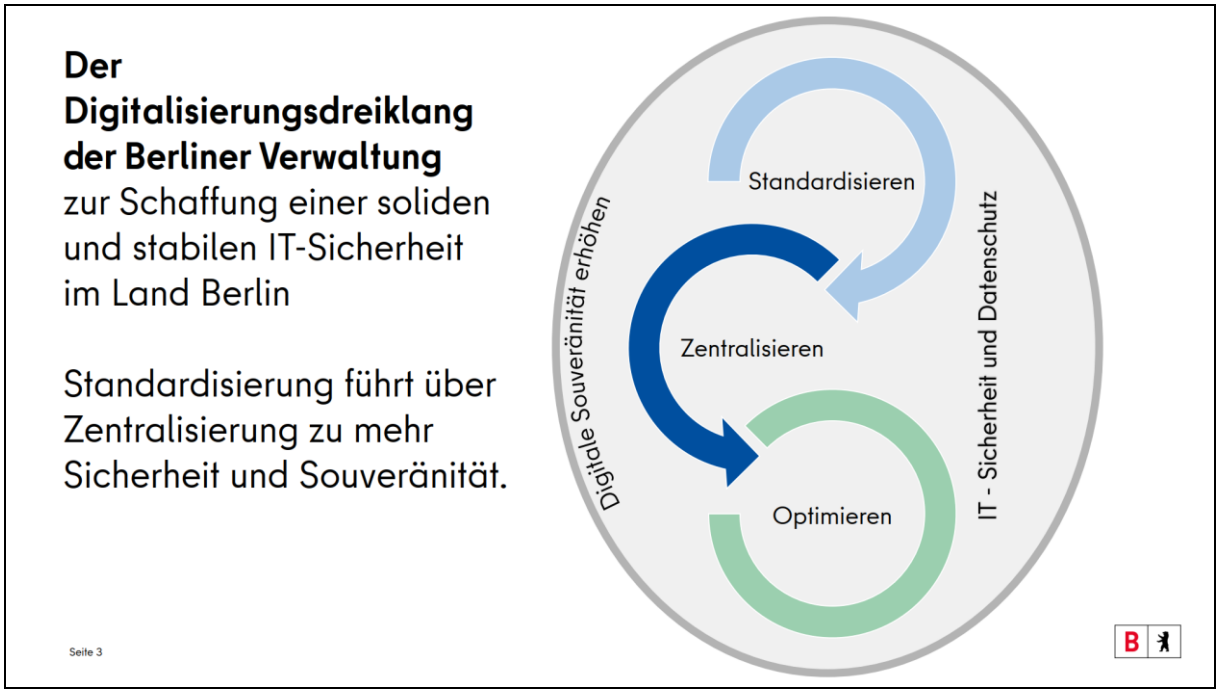
Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0050
IKT-Arbeitsplatz der Berliner Verwaltung – Sachstand und Umsetzung von OneIT@Berlin DiDat
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Christopher Förster (CDU) begründet, in der Sitzung vor der Sommerpause habe der Ausschuss über die IKT-Sicherheit im Land gesprochen. Nun möge der Ausschuss speziell über das Programm OneIT@Berlin sprechen.

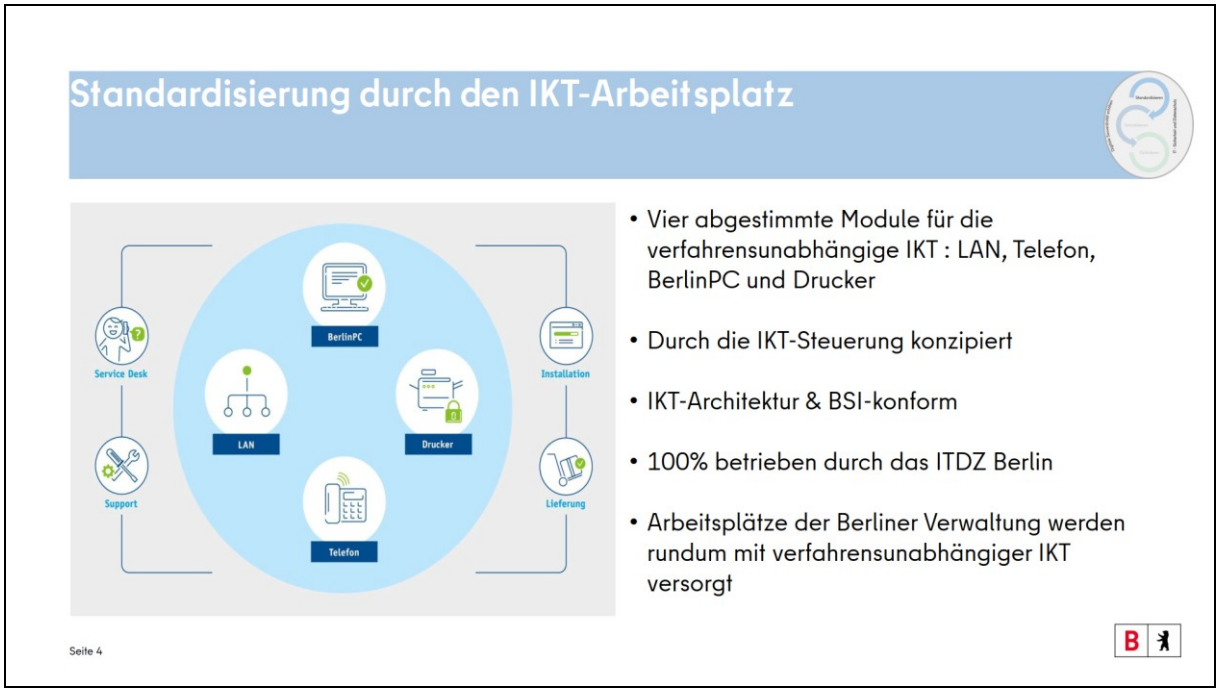
Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) führt ein, Berlin könne IT-Sicherheit auf Dauer nur gewähren, wenn es standardisiere, zentralisiere und optimiere, um mehr digitale Souveränität zu erreichen und von großen Global Playern unabhängiger zu werden – siehe folgende Folien zum „IKT-Arbeitsplatz der Berliner Verwaltung – Sachstand und Umsetzung von OneIT@Berlin“.



Der Dreiklang der Berliner Verwaltung für die Digitalisierung sei auf der nächsten Folie abgebildet: Standardisieren, Zentralisieren, Optimieren. – Das funktioniere nur mit einer homogenen IT-Landschaft im Land; derzeit sei dies noch sehr heterogen.



Die Standardisierung – siehe nächste Folie – enthalte die vier großen Module aus LAN, Telefon, BerlinPC und Drucker. LAN sei für BerlinPC und Drucker nötig. Die Telefonie sei vom LAN unabhängig. Das Konzept zur Standardisierung konzipiere die IKT-Steuerung ihrer Verwaltung bzw. die Abteilungen BSI-konform. Das ITDZ betreibe es mit Bezug auf verfahrensunabhängige IKT.



Die Standardisierung sei ein kontinuierlicher Weiterentwicklungsprozess – siehe nächste Folie –, ein sogenannter lebender „Basisdienst“. Die jeweiligen Weiterentwicklungen folgten

dem Grundsatz „plan, build, run“, wobei sie auch Open-Source-Komponenten im Blick hätten. Einige Open-Source-Komponenten seien schon im Betrieb, z. B. das ZMS und BigBlueButton.

Standardisierung durch den IKT-Arbeitsplatz

- Der standardisierte IKT-Arbeitsplatz ist mit einem kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozess für den Produktlebenszyklus konzipiert worden. Das gewährleistet die Berücksichtigung der fortlaufenden Anforderungen an die IT-Sicherheit und an einen modernen Arbeitsplatz.
- Bei den Weiterentwicklungen handelt es sich überwiegend um komplexe Projekte und sie folgen dem Vorgehen „Plan-Build-Run“. Erst nach der Plan-Phase lässt sich die Dauer bis zur Umsetzung genau einschätzen.
- Open-Source-Komponenten rund um den BerlinPC, die bereits im Einsatz sind: u.a. Basisdienste wie ZMS oder das Videokonferenzsystem BigBlueButton, Firefox und VLC media-player.

→ Bei jeder Weiterentwicklungen erfolgt eine Prüfung von Einsatzmöglichkeiten von Open-Source-Komponenten.

Seite 5

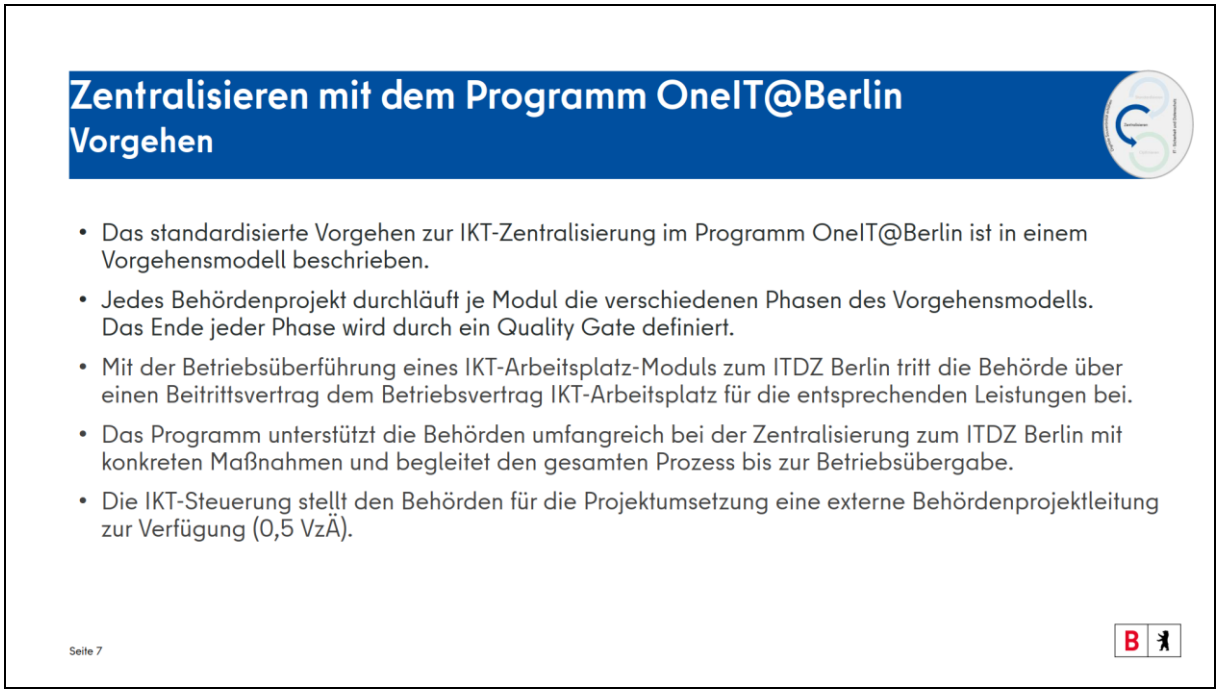
Die nächste Folie zeige eine Übersicht der geplanten Weiterentwicklungen des Programms OneIT@Berlin. Die Zeitschiene sei nicht zu ihrer vollständigen Zufriedenheit, aber es sei nicht alles parallel möglich.

Standardisierung durch den IKT-Arbeitsplatz

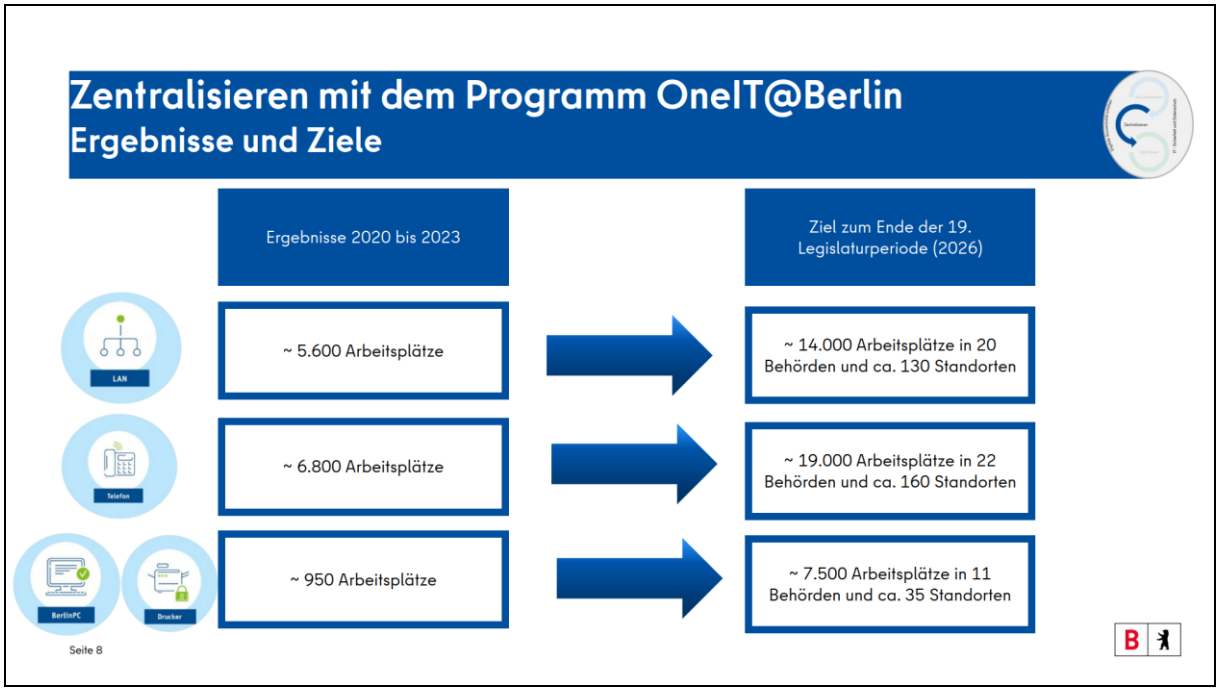
Weiterentwicklung	Modul	Projektstart			
		in 2023	in 2024	in 2025	ab 2026
Videokonferenzsystem	BerlinPC	X			
Testumgebung Berlin PC	BerlinPC	X			
Schnittstellen Anwendungsbereitstellung	BerlinPC		X		
BerlinPC für spezifische Bedarfe	BerlinPC				X
Remote Support	BerlinPC				X
Telefonieren mit dem BerlinPC (Softphone)	BerlinPC				X
Rufumleitung u. Anzeige bei Anrufweiterleitung	Telefonie	X			
Chef-/Sek -Funktionalitäten	Telefonie	X			
Adressbucheinträge /Telefonbuch	Telefonie	X			
Extension Mobility	Telefonie	X			
Virtuelle Rufnummer	Telefonie	X			
Ortsflexibles Arbeiten im LAN einer Behörde	LAN	X			
Verwaltungs-WLAN	LAN			X	
Pull-Printing	Drucker	X			

Seite 6

Die Zentralisierung – siehe nächste Folie – von OneIT@Berlin folge für alle Behörden einem standardisierten Vorgehen. Mit der Betriebsüberführung an das ITDZ trete die Behörde den Rahmenvertrag mit dem ITDZ bei. Dabei unterstütze ihre Verwaltung einzelne Behörden bis zur Betriebsübergabe, auch mit einer Behördenprojektleitung im Umfang von 0,5 VzÄ.



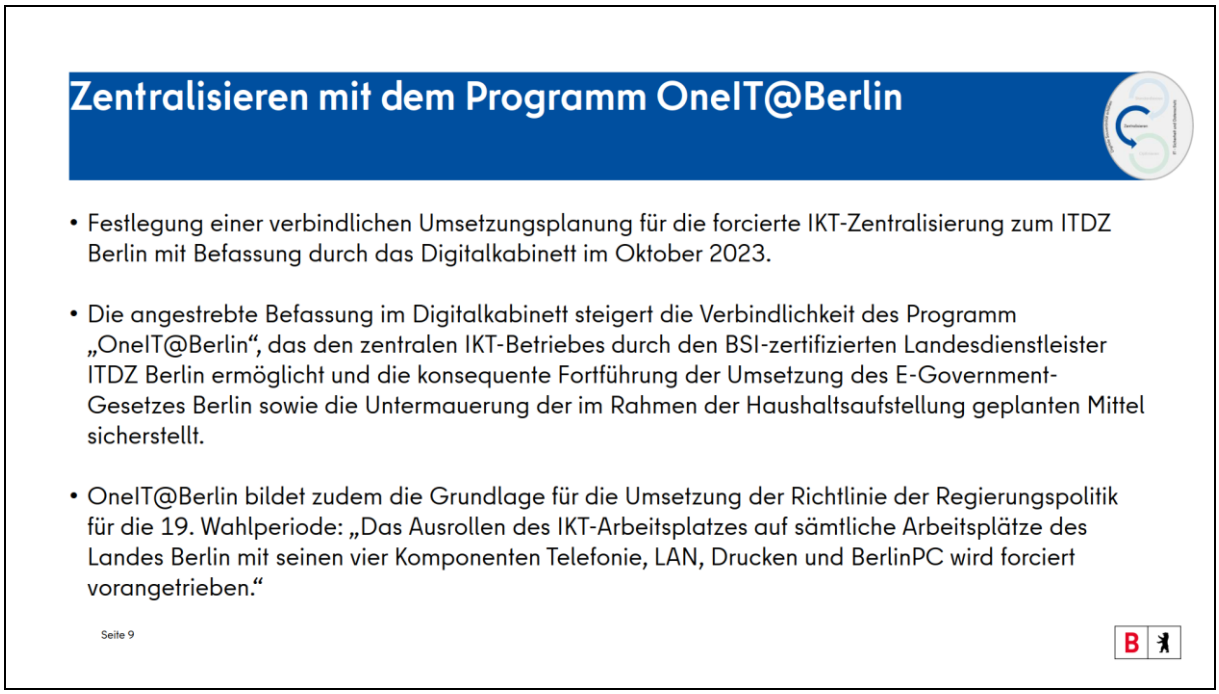
Der derzeitige Sachstand bzw. die Ziele bis zum Ende der Wahlperiode seien in der nächsten Folie dargestellt. Derzeit hätten sie ca. 5 600 Arbeitsplätze ans LAN angeschlossen. Ziel seien im Laufe der Wahlperiode 14 000 Arbeitsplätze in 20 Behörden an ca. 130 Standorten der Berliner Verwaltung.



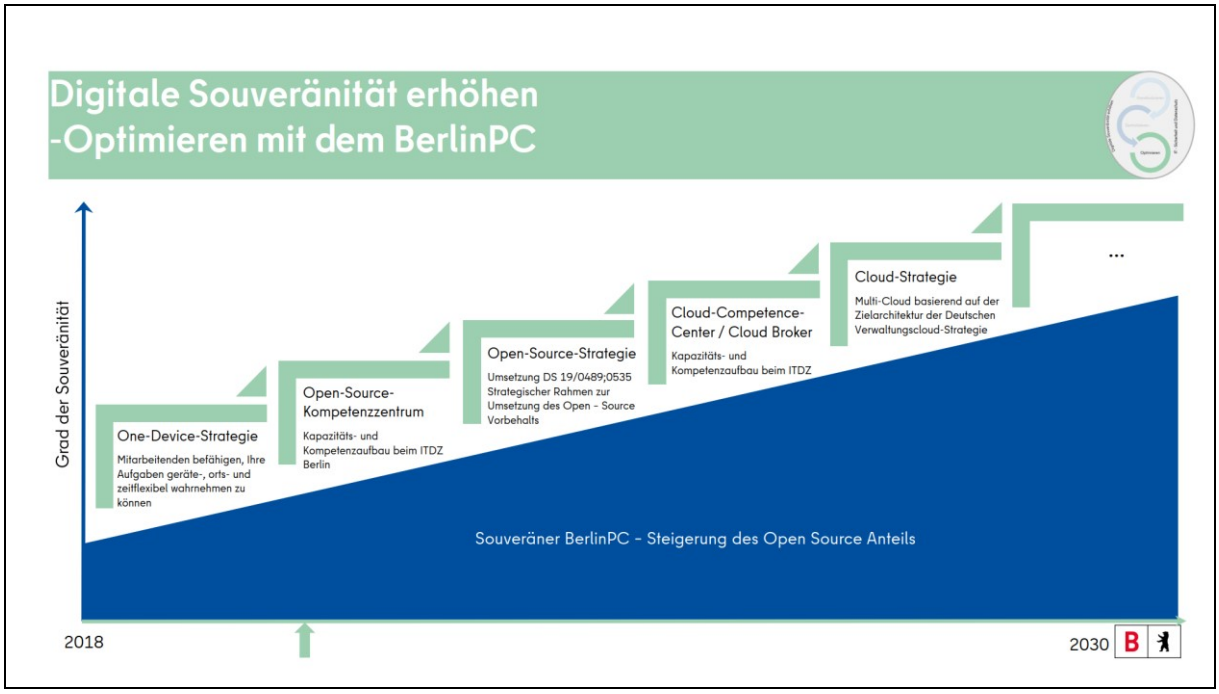
Zudem seien derzeit ca. 6 800 Arbeitsplätze an die Telefonie angeschlossen. Dies wollten sie bis zum Ende der Wahlperiode auf 19 000 Arbeitsplätze in 22 Behörden an ca. 160 Standorten erhöhen.

Das Kernstück von OneIT@Berlin sei der BerlinPC. Dieser sei derzeit an 950 Arbeitsplätzen vorhanden. Der Senat wolle bis Ende der Wahlperiode 7 500 Arbeitsplätze in 11 Behörden an ca. 35 Standorten erreichen.

Für das Sofortprogramm des Berliner Senats habe sie angemeldet, ein Digitalkabinett einrichten zu wollen, das sich nach aktuellem Stand im Oktober konstituieren werde – siehe nächste Folie. Sie wolle sich mit dem Digitalkabinett auf eine verbindliche Umsetzungsplanung, auch mit Blick auf die genannten Punkte, verständigen.



OneIT@Berlin sei in eine ganze Reihe andere Strategien eingebettet, mit denen sie digitale Souveränität in Berlin herstellen wollten – siehe nächste Folie. Dazu gehöre die One-Device-Strategie; das Open-Source-Kompetenzzentrum, das sie noch in diesem Herbst in Betrieb nehmen wollten; die Open-Source-Strategie, die sie zeitnah beschlossen würden; das Cloud-Competence-Center; die Cloud-Strategie usw.



Meike Kamp (BlnBDI) appelliert, der Senat möge ihre Behörde frühzeitig beteiligen.

Stefan Ziller (GRÜNE) kritisiert, die vorgestellten Ziele seien noch mal weniger als die Vorhaben von Herrn Kleindiek; damals seien es noch von 15 000 IKT-Arbeitsplätze bis zum Ende der Legislaturperiode die Rede gewesen. Vor allem mit Blick auf die Einleitung, dass Standardisierung für zeitgemäße Antworten auf Fragen der IT-Sicherheit wichtig sei, sei es bitter, die Ziele zu verringern. Was könne das Parlament tun, um das zu ändern? Wie viele Arbeitsplätze gebe es insgesamt für die über 100 000 Mitarbeiterinnen?

Ihn verwundere zudem, dass Telefonie unabhängig von LAN sei. Verlege Berlin noch Telefonleitungen? Er sei davon ausgegangen, dass Telefonie über LAN laufe.

Beziehe sich Standardisierung im Dreiklang auf eine Standardisierung innerhalb des ITDZ, oder standardisierten sie weiter dezentral?

Welche elf Behörden erhielten den BerlinPC?

Hendrikje Klein (LINKE) pflichtet bei, dass die Reduzierung der Ziele inakzeptabel seien. Die Pressemitteilung von Herrn Kleindiek habe 2022 angekündigt, bis Ende 2024 8 000 und bis Ende der Legislaturperiode 15 000 BerlinPC-Arbeitsplätze zu schaffen. Was sei passiert, dass der Senat die Zahlen reduziert habe?

Welche Kriterien gebe es, wer wann mit der Umstellung dran sei? Es gebe zudem seit einiger Zeit keine aktuelle Liste, welche Behörden welche Stufen erreicht hätten und wer demnächst an der Reihe sei.

Sie habe außerdem erfahren, dass bei der Umstellung auf den BerlinPC Programme wegfallen könnten, unter anderem ein kostenfreies Open-Source-Programm, um PDF-Dateien zu ver-

schlüsseln. Diese Funktion hätten Behörden verwendet, die mit Pflegeeinrichtungen zu tun hätten. Es gebe nun Behörden, die wieder mit Pflegeeinrichtungen faxten, weil sie PDF-Dateien mit sensiblen Daten nicht mehr verschlüsseln könnten. Warum sei das Programm auf dem BerlinPC nicht verfügbar?

Jan Lehmann (SPD) weist darauf hin, in einer Antwort auf seine Frage vom Juni schreibe die Verwaltung, dass bessere Qualifizierungs- und Rekrutierungsmaßnahmen geplant seien. Sei dazu seitdem schon etwas geschehen? Schritten zudem die Verhandlungen zum Haustarifvertrag fort?

Tobias Schulze (LINKE) erkundigt sich, ob die Einführung im Sinne guter Arbeit mit dem Personal abgestimmt sei, insbesondere mit den Personalvertretungen. Wie sei die Resonanz der Beschäftigten auf den BerlinPC?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) betont, der Senat falle in keinem Punkt hinter den ursprünglichen Senatsbeschluss vom vergangenen Oktober zurück. Was im Anschluss kommuniziert worden sei, könne sie nicht kommentieren, aber es hätten immer die Zahlen zugrunde gelegen, die sie aufgezeigt habe.

Es gebe ca. 80 000 PC-Arbeitsplätze, wovon für OneIT@Berlin in der ersten Ausbaustufe 45 000 eingeplant seien. Sie verbauten keine Telefonleitungen, sondern zögen Telefonie im Programm vor, bevor andere Module kämen.

Das ITDZ übernehme die Standardisierung.

Die zeitliche Abfolge wolle sie im Digitalkabinett besprechen, um einen Beschluss für die weitere Planung der einzelnen Senatsverwaltungen herbeizuführen. Im Anschluss lege sie es gerne vor.

Der Problematik zu PDF-Dateien müsse der Senat auf den Grund gehen.

Ein Haustarifvertrag für das ITDZ befinde sich in Bearbeitung, sei aber noch nicht in den Verhandlungen. Dass Beschäftigte Zulagen bekommen könnten, sei vorgezogen. An der Personalrecruitierung arbeiteten sie, aber es gebe zwischen 350 und 400 unbesetzte Stellen.

Bei der Einführung von OneIT@Berlin hätten sie die Personalvertretungen beteiligt. Es gebe auch Anmerkungen vonseiten der Personalvertretungen, aber sie hätten zugestimmt.

Stefan Ziller (GRÜNE) schlägt vor, unter daten.berlin.de Senatsbeschlüsse zu veröffentlichen – auch ohne Transparenzgesetz.

Stand 2022 sollten seinen Informationen und dem Inhalt der Pressemitteilung nach bis Ende der Legislaturperiode 15 000 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Was sei in dem einen Jahr passiert, dass es nur noch die Hälfte sei? Bis wann sollten demnach die 45 000 Arbeitsplätze umgestellt sein? Wie könnten sie wenigstens wieder zum Ziel 15 000 kommen? Er bitte darum, das bis zu den Haushaltsberatungen zu prüfen.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) vermutet, dass es sich auf alle Module beziehe, nicht nur auf den BerlinPC.

Anja Merker (SKzl) bestätigt, es gebe die Unterscheidung nach einzelnen Modulen. Die Herausforderung sei, dass es erst möglich sei, den BerlinPC nach dem LAN-Anschluss einzurichten.

Sie bauten auf dem letzten Senatsbeschluss auf. Demnach stellten sie eine Planung für die zeitliche Abfolge der Senatsverwaltungen auf. Die BIM habe Begehungen gemacht, um das Gebäude für LAN-Anschlüsse vorzubereiten. Die IT-Stellen vor Ort müssten allerdings alles gleichermaßen bearbeiten, einschließlich der Einführung der E-Akte.

Bei der Zahl 15 000 seien Telefonanschlüsse und LAN-Anschlüsse ein Thema. Der Rest folge zügiger im Anschluss. Die Fachverfahren, die auch Bezirksämter beträfen, müssten vor Einsatz auf dem BerlinPC eine Testung durchlaufen.

Meike Kamp (BlnBDI) unterstreicht, ein Passwort vor einer Datei ersetze keine verschlüsselte Kommunikation. Für den BerlinPC sei standardisierte Software zu entwickeln, was eine Menge Datenschutzthemen betreffe, die zu berücksichtigen seien.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.